



**Rede von Staatsministerin Prof. Monika Grütters MdB,
Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien,
vor ehemaligen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses von Berlin
am 13. September 2016
im Abgeordnetenhaus von Berlin**

Anrede,

Es ist eine schöne Tradition, dass Sie sich regelmäßig hier im Preußischen Landtag, im Abgeordnetenhaus von Berlin treffen - für Sie ist dieser Ort gelebter Demokratie ja ehemalige Wirkungsstätte, an die Sie sicher auch gern zurückkehren. Friedrich Nietzsche hat die „demokratischen Einrichtungen“ einmal beschrieben als „Quarantäne-Anstalten gegen die alte Pest tyrannenhafter Gelüste: als solche sehr nützlich und sehr langweilig.“

Sie alle, meine Damen und Herren, wissen, dass es im Abgeordnetenhaus von Berlin - ebenso wie in anderen Landesparlamenten, im Deutschen Bundestag oder im Europäischen Parlament - ganz und gar nicht langweilig zugeht! Schon allein die Vielzahl der Themen und Meinungen, mit denen wir Abgeordnete täglich konfrontiert sind und zu denen wir Stellung beziehen müssen, machen routinierte Tagesabläufe und vorhersehbare Entscheidungen unmöglich. So herausfordernd und Kräfte zehrend das auch manchmal sein kann, unsere Arbeit auf der „politischen Quarantäne-Station“ - da stimme ich mit Friedrich Nietzsche überein - ist lebenswichtig für die Demokratie!

Ich bin - wie Sie alle - eine ehemalige Berliner Abgeordnete und auch heute, als Mitglied des Deutschen Bundestages und als Staatsministerin für Kultur und Medien, liegt mir Berlin - besonders die Kultur der Stadt - am Herzen.

Deshalb freue ich mich, heute mit Ihnen über die Kulturpolitik des Bundes in und für Berlin zu sprechen und danke Ihnen herzlich für die Einladung!

Berlin hat mehr Museen als Regentage, mehr Galerien als das Jahr Tage hat. Und wenn man jede Woche ein anderes Theater besuchen wollte, dann würde es etwa ein Jahr dauern bis man durch ist - und dann war man noch in keinem der drei Berliner Opernhäuser.

Kurz und gut: Kultur ist das Strahlen im Gesicht Berlins!

Dass die Zahl der Touristen, die nach Berlin kommen, stetig steigt - im vergangenen Jahr haben wir zum ersten Mal die Marke von 30 Millionen Touristen-Übernachtungen geknackt, was insgesamt nur sieben Weltstädten gelingt - , dass die Zahl der Berlinerinnen und Berliner um rund 45.000 Menschen pro Jahr wächst, dass Berlin mittlerweile nach London die beliebteste Stadt für Start-ups ist - und zwar nicht wegen, sondern trotz des

Flughafens Schönefeld! - all das verdanken wir der Strahlkraft der Hauptstadt Kultur, die Künstler und Kreative und damit Innovationskraft aus aller Welt in die Stadt lockt. Über 20.000 professionelle Künstler leben mittlerweile hier - ihr Anteil an der Bevölkerung ist zweieinhalbmal so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Man muss es nicht so sarkastisch sehen wie ein deutscher Illustrator, der nach zwölf Jahren New York in Berlin gelandet ist. Ich zitiere aus einem Text von ihm: „Berlin (...) ist ein bisschen wie der laute Spaßvogel auf einer Party, der alle unterhält und nie eine Flasche Wein mitbringt, dessentwegen aber alle gern zu der Party kommen.“

Doch eines wird kaum jemand bestreiten: Berlin steht weltweit für ein weltoffenes, buntes, spannendes Deutschland. Was hier kulturell gelingt, wird in den Augen der Welt dem ganzen Land gut geschrieben. Was hier misslingt, dafür wird, von außen jedenfalls, ganz Deutschland verantwortlich gemacht.

Das hat nicht natürlich zuletzt auch mit der Geschichte unserer Stadt zu tun: Berlin ist einer der Schlüsselorte der modernen Weltkultur. Berlin ist einer der wichtigsten Orte der Erinnerung an die Barbarei, die durch die deutsche Tyrannei über Europa gekommen ist. Berlin ist der Ort der Erinnerung an die jahrzehntelange Spaltung der Welt in Freiheit und Unfreiheit und an ihre glückliche Überwindung vor 25 Jahren.

Bundeskulturpolitik in und für Berlin ist Ausdruck der Anerkennung der besonderen Rolle der Hauptstadt für die Nation: Rund 40 Prozent meines Etats als Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien von rund 1,4 Milliarden Euro fließen deshalb in Einrichtungen und

Projekte, die in der Hauptstadt verortet sind. Wie Sie sich vorstellen können, löst das nicht überall in Deutschland helle Begeisterung aus. Trotzdem habe ich dafür gekämpft, dass der Bund mehr Geld für die Hauptstadtkultur bereitstellt.

In den Haushaltsverhandlungen meiner bisherigen Amtszeit - also für die Jahre 2015, 2016 und 2017 - habe ich erreicht, dass der Bundeskulturhaushalt deutlich aufgestockt wird - in den vergangenen drei Jahren um mehr als 20 Prozent.

Die zusätzlichen Mittel kommen, neben den vom Bund *mit*getragenen Kulturinstitutionen des Landes Berlin - etwa dem Bauhaus Archiv und dem Märkischen Museum - vor allem den Kultureinrichtungen des Bundes, dem Humboldt Forum oder dem Museum der Moderne, zugute.

Das Humboldt Forum, das in Berlins Mitte entsteht, ist mir ein echtes Herzensanliegen. Deutschland hat die historische Chance, den zentralen Platz der Republik zu Beginn des 21. Jahrhunderts neu zu definieren. Wir bauen kein Parkhaus, kein Hotel, kein Einkaufszentrum, sondern wir geben der Kunst und der Kultur Raum. Im künftigen Humboldt Forum soll erfahrbar werden, wofür der Name „Humboldt“ steht: für die Tradition der Aufklärung, für die Idee der selbstbewussten, weltoffenen Annäherung der Völker, für das Ideal eines friedlichen Dialogs.

Alexander und Wilhelm von Humboldt verdankten ihre umfassende Bildung einer schier unerschöpflichen Neugier auf die Welt - dem Wunsch, sie im wahrsten Sinne des Wortes zu „be-greifen“. Diese Neugier auf das Andere, das Fremde soll im Humboldt Forum Gestalt annehmen. Das Humboldt Forum lädt seine Gäste ein, Weltbürger zu sein. Neuartige Kultur- und Kunsterfahrungen

sollen den Blick schärfen für unterschiedliche, gleichberechtigte Weltkulturen; sie sollen einladen zu Diskussionen über die großen Themen menschlicher Existenz, die uns über kulturelle Grenzen hinweg verbinden.

Mit Blick auf die gegenwärtige politische Lage muss man wohl sagen: Aktueller hätte man dieses Projekt nicht planen können. Es wird damit ganz maßgeblich unsere kulturelle Identität prägen. Allein dass wir im Herzen der deutschen Hauptstadt nicht uns selbst in den Mittelpunkt stellen, sondern dass die Welt in Berlin ein Zuhause findet, dass Deutschland sich statt in reiner Selbstbezüglichkeit mit einem Blick nach außen als Partner in der Welt empfiehlt - das sagt, denke ich, viel aus über das Selbstverständnis der Kulturnation Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Mit Neil MacGregor konnte ich dafür einen der weltweit renommiertesten Museumsexperten nach Berlin holen, mit Hermann Parzinger und Horst Bredekamp zwei ausgewiesene Kulturexperten für die Gründungsintendanz des Humboldt Forums gewinnen. Seit Anfang des Jahres arbeiten alle drei mit Hochdruck an einem stimmigen und - wie ich finde - sehr überzeugenden Konzept, das sie uns im November vorstellen werden.

Neben den Mitteln für das Humboldt Forum wird der Bund auch zusätzliches Geld für ein Museum der Moderne in Berlin bereitstellen: ein Durchbruch nach jahrelangem Ringen, der mich nicht nur deshalb euphorisch stimmt, weil wir die Kunst des 20. Jahrhunderts - die spektakuläre Sammlung der Nationalgalerie, die bisher zum großen Teil in den Depots verstaubte - endlich angemessen präsentieren können. Hinzu kommt, dass wir ein großzügiges Angebot dreier bedeutender Sammler, uns ihre Konvolute mit einem Wert in Milliardenhöhe zu überlassen, endlich annehmen können. Lange fehlte das

Geld, um die einzige Bedingung zu erfüllen, an die dieses großzügige Präsent verständlicherweise geknüpft wurde: dass die hochkarätigen Stücke adäquat und in Ergänzung der Museumssammlung der Öffentlichkeit gezeigt werden können.

In den vergangenen zwei Jahren sind wir gleich mehrere Riesenschritte weitergekommen. Dafür habe ich hart und hartnäckig gekämpft. Zunächst einmal haben wir vom Bundestag die Finanzierungszusage erhalten: Wo vorher eine 0 stand, stehen jetzt 200 Millionen Euro. Damit können wir eine große, würdige Erweiterung für die Nationalgalerie mit über 14.000 qm Nutzfläche bauen. Der Realisierungswettbewerb ist im Frühjahr diesen Jahres gestartet und die Teilnehmerliste liest sich wie das „Who is Who“ der Baukunst. Ende Oktober wird das Preisgericht den Architekturentwurf küren und ich bin überzeugt, dass der laufende Wettbewerb phantasievolle Entwürfe hervorbringen wird, die sowohl städtebaulich wie funktional überzeugen. Im Übrigen sind zwei Jahre von der Mittelveranschlagung bis zum Siegerentwurf eine für deutsche Bauabläufe dieser Größenordnung einmalige Geschwindigkeit.

Fest steht: Auf dieses Bauvorhaben schaut die ganze Welt. Die Meisterwerke von Scharoun und Mies van der Rohe, die Matthäuskirche und auch die Gemäldegalerie im Süden suchen eine Art Moderator. Hier werden wir daran gemessen, wie Deutschland mit Architektur umgeht, mit dieser so öffentlichen Kunst. Hier müssen Städtebau, Architektur und Museumsbedürfnisse zusammenfinden. In nicht allzu ferner Zukunft können wir dann hoffentlich die Sammlung der Nationalgalerie endlich in aller Breite zeigen; gleichzeitig ist es uns gelungen, die Sammlungen Pietzsch, Marx und Marzona auf Dauer für Berlin zu bewahren. Das ist ein Riesenerfolg für Berlin, für die Berliner Museumslandschaft und für die Nationalgalerie!

Kultur ist aber weit mehr als ein Standortfaktor: weit mehr als die 15 Prozent, die Kreativwirtschaft und (Kultur)Tourismus zum Bruttoinlandsprodukt beitragen, weit mehr als die damit verbundenen 400.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze.

Kultur schafft Werte jenseits der Maßstäbe ökonomischer Verwertbarkeit. Wo, wenn nicht in der Kultur, wird nach Antworten auf letzte Fragen gerungen, auf Fragen nach den Sinn stiftenden Kräften und Werten, die unsere Gesellschaft zusammen halten? Dies zu ermöglichen, ist Aufgabe einer Kulturpolitik, die sich der Freiheit der Kultur und der Kunst verpflichtet fühlt. In Deutschland haben wir aus zwei deutschen Diktaturen eine Lehre gezogen, die da lautet: Kritik und Freiheit der Kunst sind konstitutiv für eine Demokratie. Kreative und Intellektuelle sind das Korrektiv einer Gesellschaft. Und wir brauchen sie, die mutigen Künstler, verwegenen Denker, unbequemen Schriftsteller! Sie sind der Stachel im Fleisch unserer Gesellschaft, der verhindert, dass intellektuelle Trägheit, argumentative Phantasielosigkeit und politische Bequemlichkeit die Demokratie einschläfern. Sie sind imstande, unsere Gesellschaft vor gefährlicher Lethargie und auch vor neuerlichen totalitären Anwandlungen zu schützen! Die Freiheiten dieser Milieus zu schützen, ist oberster Grundsatz, ist vornehmste Pflicht verantwortungsvoller Kulturpolitik. Kunst, Kultur, Literatur dürfen, ja sie sollen und müssen zuweilen Zumutung sein. Deshalb müssen wir Politiker alles daran setzen, ihre Freiheiten und ihre ästhetische Vielfalt zu sichern.

Die staatliche Fürsorge für die Kultur und ihre Freiheit, die mit dem Mut zum Experiment natürlich auch das Risiko des Scheiterns einschließt, hat immer wieder weltweit beachtete Leitungen hervorgebracht. Kultur ist nicht das

Ergebnis von wirtschaftlichem Wohlstand; sie ist vielmehr dessen Voraussetzung. Sie ist nicht allein Standortfaktor, sondern auch Ausdruck von Humanität. Dieses Selbstverständnis und das hartnäckige Engagement für die Kultur und die Künste hat entscheidenden Anteil am mittlerweile wieder hohen Ansehen Deutschlands in der Welt.

Dazu hat auch die beispielhafte Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit beigetragen. Umso überraschender ist es, dass wir uns im 21. Jahrhundert so ungeheuer schwertun, für unser nationales Erinnern - für Freude und Stolz genauso wie für Trauer und Scham - eine Formensprache zu finden, die bei der Mehrheit der Menschen im doppelten Wortsinn ankommt und von der Gesellschaft getragen wird. Ich denke da in erster Linie an das ergebnislose Ringen um ein Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin und Leipzig, aber auch an die schwierigen Auseinandersetzungen, die wir in den vergangenen Jahren in Berlin erlebt haben, wann immer es um Denkmale und Mahnmale ging, beispielsweise um das Holocaust-Mahnmal.

Woran liegt das? - Zunächst einmal natürlich daran, dass ein Denkmal nicht einfach eine Gedächtnisstütze ist, sondern immer auch eine bestimmte Weise der geistigen Aneignung, der Interpretation und Einordnung. Damit trägt ein Denkmal schon den Zündstoff für Konflikte und politische Auseinandersetzungen in sich.

Nicht nur konkurrierende, einander vielleicht sogar widersprechende Auffassungen wollen sich wieder finden; auch individuelle Erinnerungen erheben Anspruch auf Repräsentation. In einer demokratischen Denkmalkultur spiegelt sich deshalb unvermeidlich die Schwierigkeit, eine der Vielstimmigkeit und den unterschiedlichen Perspektiven angemessene Form des Erinnerns zu finden.

In Deutschland kommt erschwerend hinzu, dass wir unsere Geschichte - anders als über Jahrhunderte durch eine starke Zentralmacht geprägte Länder wie Frankreich - nicht in einer einzigen nationalen Erzählung darstellen können. Die Einheit der deutschen Nation gab es ja auf einem in Kleinstaaten zersplitterten Territorium zunächst nur im Geiste - in der Kultur, in der Philosophie. Und nach all dem Leid, das Deutschland im 20. Jahrhundert über Europa und die Welt gebracht hat, waren Nationaldenkmäler nach 1945 geradezu undenkbar. Dass nach 1990, als das wiedervereinte Deutschland seine Rolle in Europa und der Welt vorsichtig neu definierte, das lang umstrittene Holocaust-Mahnmal nach mehr als zehn Jahren des Debattierens und Streitens zum bedeutendsten Denkmal in Berlin wurde, hat für sich genommen schon hohe Symbolkraft. Neil MacGregor hat anhand dieses Beispiels auf eine Besonderheit deutscher Denkmalkultur aufmerksam gemacht. Er kenne „kein anderes Land, das in der Mitte seiner Hauptstadt ein Mahnmal der eigenen Schande errichtet hätte“, schrieb er im Buch zu seiner Ausstellung „Deutschland. Erinnerungen einer Nation“.

Als eine weitere Besonderheit deutscher Denkmalkultur scheint sich nun das Unvermögen herauszukristallisieren, prägenden freudigen historischen Ereignissen ein Denkmal zu setzen.

Glücklich, ja vielleicht sogar stolz und selbstbewusst zurückzuschauen auf die eigene Freiheits- und Demokratiegeschichte, das fällt uns offenbar besonders schwer. Immerhin hat der Beschluss, der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung ein Denkmal zu setzen, eine öffentliche Debatte über den Wert der hart erkämpften Freiheit und Einheit ausgelöst. Aber anders als beim Holocaust-Mahnmal ist es (bisher) nicht gelungen, die gesellschaftliche

Selbstverständigung in ein weithin sichtbares Wahrzeichen unseres Selbstverständnisses münden zu lassen.

Stattdessen hat ausgerechnet das Brandenburger Tor mit seiner wechselvollen Geschichte eine Symbolkraft entwickelt, die weit über seine ursprüngliche Rolle als Stadttor hinausweist. Es steht für die brutalen Brüche in unserer Geschichte, für Ideologie, Krieg, Zerstörung, Unfreiheit und nicht zuletzt für die Teilung Deutschlands und Europas. Aber viel mehr noch ist es Symbol geworden für Einheit, Freiheit und Frieden und für das Glück der Wiedervereinigung. In gewisser Hinsicht ist es das nationale und internationale Freiheits- und Einheitsdenkmal, weil die Besucherinnen und Besucher aus aller Welt es sich längst als solches angeeignet haben. Doch damit ist die Frage, die sich aus dem (vorläufigen) Aus für das Freiheits- und Einheitsdenkmal ergibt, nicht aus der Welt: Sind wir Deutschen auch mit Blick auf im positiven Sinne identitätsstiftende Erinnerungen „denkmalfähig“?

Jedenfalls sind wir fähig zu Erinnerung und Aufarbeitung, und das sind nicht die schlechtesten Voraussetzungen für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal.

„Sie [die Bundesrepublik Deutschland] ist das Deutschland, das ich liebe“, bekannte der deutsch-iranische Schriftsteller Navid Kermani 2014 in seiner Rede zum 65. Geburtstag unseres Grundgesetzes im Deutschen Bundestag, „eine Nation, die über ihre Geschichte verzweifelt, die bis hin zur Selbstanklage mit sich ringt und hadert, zugleich am eigenen Versagen gereift ist, die nie mehr den Prunk benötigt, ihre Verfassung bescheiden ‚Grundgesetz‘ nennt und dem Fremden lieber eine Spur zu freundlich, zu arglos begegnet, als jemals wieder der Fremdenfeindlichkeit, der Überheblichkeit zu verfallen.“

Ja, Geschichte vergeht nicht einfach. Die Art und Weise, wie wir sie vergegenwärtigen, prägt unser Bild von uns selbst, sie prägt unsere Gegenwart und unsere Zukunft. Deshalb plädiere ich dafür, den Faden der Diskussion nicht abreißen zu lassen und das Verfahren zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals insbesondere für Leipzig, den Ausgangspunkt der friedlichen Montagsdemonstrationen, wieder aufzunehmen. So zäh und mühsam solche Debatten bisweilen auch sind: Sie helfen uns, nicht nur am eigenen Versagen, am Ringen und Hadern mit der Vergangenheit zu reifen, sondern auch im Bewusstsein der eigenen Freiheitstraditionen zu wachsen.

Darüber hinaus zeigt sich auch in der Auseinandersetzung mit unserer Identität und Geschichte, was Künstlerinnen und Künstler zu leisten imstande sind. Mit ihrer Formensprache, mit ihren Ausdrucksmöglichkeiten können sie das Wahrnehmen, Denken und Empfinden verändern, und es sind diese kleinen Veränderungen im Bewusstsein, die jeder großen gesellschaftlichen Veränderung vorausgehen. In diesem Sinne tragen Kunst und Kultur immer den Keim des - im besten Sinne - Revolutionären in sich. Dass aus diesen Keimen etwas wachsen darf, dass es einen fruchtbaren Nährboden dafür gibt und ein wachstumsförderndes Klima - das macht eine vitale Demokratie und eine lebendige Metropole aus. In diesem Sinne wünsche ich mir für Berlin, dass wir der Kunst und Kultur in unserer Stadt (auch weiterhin) so viel Raum geben wie nur möglich.